

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Postzelle oder deren Raum 50 Pfg., Verkündungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 268.

Donnerstag, den 14. November 1918.

25. Jahrg.

Die Revision der Waffenstillstandsbedingungen.

Ob die Alldeutschen, wenn man ihnen gegenüber vom Gerissen der Welt und der Menschheit redet, noch immer verächtlich mit der Achsel zucken? An ihnen selber hat sich gezeigt, daß das Gewissen der Menschheit zum fürchterlichen Rächer für die werden kann, die es verspotten. Denn schließlich ist die alldeutsche Politik letzten Endes doch nur dem Umstand unterlegen, daß sie das sittliche Empfinden der gesamten zivilisierten Welt gegen sich aufgebracht hat. Gewiß ist der Ring der Weltallianz gegen uns, teilweise durch Zwang und unter dem Druck der englischen Seemacht geschlossen worden. Aber das erklärt nicht die Kriegsbegeisterung, in die sich die Völker Italiens, der Vereinigten Staaten, selbst Südamerikas hinein reden ließen. Das erklärt nicht, warum Deutschland selbst bei denen unbeliebt war, die noch neutral blieben.

Hat sich das Weltgewissen in diesem Falle als starke Macht gegen uns erwiesen, so dürfen wir hoffen, daß es auch für uns wirken wird jetzt, wo uns von der Seite der andern bitteres Unrecht geschieht. Die Alldeutschen haben gepredigt, daß es gegen feindliche Forderungen nur ein Mittel gäbe: Kanonen und Maschinengewehre. Von ihrem Standpunkt aus nicht ganz unecht, denn sie als Gewalttäter und prinzipielle Gewaltmenschen hätten sich in der Tat durch einen Appell an die Menschheit nur lächerlich gemacht. Der Protest des freigewordenen revolutionären Deutschlands gegen die Härte der Waffenstillstandsbedingungen hat aber doch schon eine erste, wenn auch geringe Milderung verursacht.

Zweifellos hat die Entente die Lebensversorgung Deutschlands, deren Umfang ihrem Gutdünken überlassen bleibt, nicht aus purer Menschenliebe bewilligt. Zu einem gewissen Grade hat die Furcht vor der Erregung bolschewistischer Zustände, die von Deutschland nach West-Europa hinüber wirken könnten, mitgewirkt. Diese Furcht zeigt sich auch in der Einengung der neutralen Zone am Rhein auf 10 Kilometer. Der Bolschewismus wirkt auf die internationale Vernunft ähnlich, wie die Furcht der Reichen vor ansteckenden Seuchen die Wohnungshygiene befördert hat. Man gönnt auch dem Unterdrückten eine gesündere Wohnung, damit sich im Armenquartier kein bedrohlicher Seuchenherd bildet.

Aber diese Furcht ist doch nicht das einzige Motiv gewesen. Selbst ein Blatt wie die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ gesteht zu, daß das Echo der Waffenstillstandsbedingungen bei den Neutralen hier wirksam gewesen ist. Nun, wäre Deutschland noch junkerlich und kaiserlich regiert, dieses Echo wäre ausgeblieben, kein Mensch im neutralen Ausland hätte Mitleid mit uns gehabt.

Aber wenn wir diesen Erfolg des ersten Appells der deutschen Republik an die Menschheit feststellen, so bleiben wir uns dabei im Klaren, daß auch diese Milderung der Waffenstillstandsbedingungen fast nichts von dem Charakter imperialistischer Raubgier nimmt. Die Wegnahme von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen bleibt ein Akt der nackten Willkür und des Raubes. Mit militärischen Notwendigkeiten kann sie nicht begründet werden, denn Deutschland ist ohnehin durch die Wegnahme gewaltigen Kriegsmaterials wehrlos gemacht. Aber gerade dieser Akt wird auch den Arbeitermassen der Ententestaaten den wahren Charakter ihrer Regierungen klar machen helfen und ihren Glauben an die Gerechtigkeit der ententistischen Kriegsziele erschüttern. Die deutsche Revolution ist durch den Frieden von Brest-Litowsk zweifellos gefördert und vorbereitet worden. Die jetzige Zeit bedeutet für die Arbeiterklasse der Entente ein Erwachen aus mancherlei Träumen.

Wie aus England und Frankreich gemeldet wird, gaben bei der Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen die deutschen Vertreter folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung wird natürlich alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Durchführung der übernommenen Verpflichtungen zu sichern. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß die Gegenpartei einen Beweis persönlicher Gefanung gegeben hat. Demgemäß betrachtet sie auch den am 9. November gemachten Einwand zu den Waffenstillstandsbedingungen, sowie die hierauf erhaltene Antwort als einen integrierenden Teil des ganzen Abkommens. Die Bevollmächtigten können aber keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß bei der Kürze der gestellten Frist für die Räumung und im Hinblick auf die geforderte Ablieferung der unentbehrlichen Transportmittel ein Zustand geschaffen wird, der die Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen könnte, ohne daß die deutsche Regierung oder das deutsche Volk irgendeine Schuld treffen würde. Die unterzeichneten Bevollmächtigten sehen es als ihre Pflicht an, in bezug auf die wiederholten schriftlichen und mündlichen Erklärungen nochmals mit Nachdruck zu betonen, daß die Durchführung der Bedingungen das deutsche Volk der Anarchie und der Hungersnot ausliefern würde. Nach den Erklärungen, die den Waffenstillstandsbedingungen vorangegangen waren, konnte man Bedingungen erwarten, die, trotzdem sie den Gegnern vollständige Sicherheit schaffen würden, dennoch den Leiden der Kämpfer, der Frauen und Kinder, ein Ende machen

würden. Das deutsche Volk, das während 50 Monate durchgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird seine Freiheit trotz aller Gewaltmaßregeln behaupten. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es wird nicht untergehen.

In Köln sind gestern amerikanische Flieger gelandet. Die vielfach erörterte Frage, wann die feindliche Besatzung in den Rheingebieten zu erwarten sei, wird von der Obersten Heeresleitung auf das Bestimmteste dahin beantwortet, daß mindestens 31 Tage vergehen werden.

Internierung der deutschen Kriegsschiffe.

Aus Berlin, 13. November, wird gemeldet: Für Ziffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder Häfen der verbündeten Mächte) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht worden: Bayern, König, Großer Kurfürst, Kronprinz Wilhelm, Margraf, Friedrich der Große, König Albert, Kaiserin, Kaiser, Prinzregent Luitpold, Hindenburg, Derfflinger, Seydlitz, Moltke, von der Tann, Brummer, Bremse, Köln, Dresden, Emden, Königsberg, Wiesbaden und fünfzig modernster Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr nachmittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht genannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren, ohne Munition.

Der A- und S-Rat und die Waffenstillstandsbedingungen.

Der kleine Kreuzer „Königsberg“ ging gestern um 1 Uhr mittags mit dem Bevollmächtigten des A- und S-Rats der Flotte zur Zusammenkunft mit den Vertretern der englischen Admiralität in See. Den Vertretern ist eine Vollmacht mitgegeben, in der es heißt:

Der A- und S-Rat der Nordsee-Station und der Flotte erteilt hiermit dem Obermatrosen Wilhelm Bengora, dem Obersteuermann Alfred Janz und dem Torpedo-Obermaschinenmaat W o h r m a n n Vollmacht, im Namen des A- und S-Rats der Nordsee-Station, dem sich die Flotte unterstellte, an den Beratungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen teilzunehmen und Verträge abzuschließen. Unterzeichnet ist die Vollmacht vom Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland, Bernhard R u h t, und Chef der Hochseefreitkräfte v. S i p p e r. S i p p e r nimmt nur als sachmännischer Berater an den Verhandlungen teil, während das ausführende Organ der A- und S-Rat Wilhelmshafen ist. Nachts gab durch Funkpruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseefreitkräfte Anweisung, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um die Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Besetzung von Helgoland durch die Alliierten?

WTB. Berlin, 13. November. Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage ausgegangen:

Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bestimmungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge in den bezeichneten Fristen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

Die Volksregierung an die Heeresleitung.

An die Oberste Heeresleitung ging dieses Telegramm ab:

Die Volksregierung ist von dem Wunsche befeelt, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Trupps willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat aufs schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstdisziplin, um unermesslichen Schaden zu verhüten. Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von der vorstehenden Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis von Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Eine willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und eine kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch die Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.
2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Die militärische Ordnung und Disziplin im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.
3. Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann eine beratende Stimme in den Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verschonung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.
 5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Geldzulage für Offiziere und Mannschaften.
 6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes darf nur in Notwehr oder zur Verhinderung von Blünderungen Gebrauch gemacht werden.
- Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Die Regierung überfandte ferner an den Staatssekretär des Reichs- und Marineamts folgendes Telegramm:

Wir bitten, für die gesamte Marine anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und stoffe Ordnung in der Marine unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind und daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß die Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauenskommissionen gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung rüchhaltlos zu unterstützen. Alle Beschädigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und reiflos durchgeführt werden. Die Marine möge sich bewußt sein, daß von ihrer gewissenhaften und pflichttreuen Mitwirkung bei der Ausführung des Waffenstillstandes alles abhängt. Wir bekommen den Frieden nur, wenn wir die uns auferlegten Bedingungen des Waffenstillstandes getreulich erfüllen.

gez. Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Vorstehenden Erlaß bringe ich zur Kenntnis der Marine. gez. Ritter von Mann-Tschler, Staatssekretär des Reichsmarineamts.

Der Soldatenrat des Reichsmarineamts und des Admiralsstabes empfiehlt allen Soldatenräten dringend, nach dem vorstehenden Regierungserlaß zu verfahren, damit alle Anordnungen militärischer Art keinen Aufschub erleiden. Sonst würde die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen auf das Neueste gestört und damit die baldige Herbeiführung des Friedens in Frage gestellt werden.

Ueber die Bildung eines Marine-Aktions-Ausschusses für die gesamte Marine im Reichsmarineamt erfolgt eine weitere Mitteilung und die Einladung zur Entsendung von Delegierten im Einvernehmen mit der Reichsregierung. Der Soldatenrat des Reichsmarineamts und des Admiralsstabes. gez. Lorenz, Ulrich.

Das Programm der sozialistischen Regierung.

Der gestern auszugswerte mitgeteilte Aufruf der Volksbeauftragten hat folgenden Wortlaut:

An das deutsche Volk!
Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Geisteskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
 2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
 3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
 4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
 5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
 6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergelegt.
 7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
 8. Die Gebührendeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmevorschriften gegen die Landarbeiter.
 9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiter-schutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt. Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Normalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ansteigende Arbeitslosigkeit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.
- Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungsspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.
- Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Beschlagnahme des preussischen Kronbesitzes.

Die preussische Regierung hat beschlossen, den Landtag aufzulösen, das Herrenhaus abzuschaffen und den Kronbesitz zu beschlagnahmen.

Die Lage in Ostpreußen.

Der Oberpräsident von Ostpreußen hat an die Landräte und Oberbürgermeister eine Anordnung erlassen, in der es heißt: Auf Wunsch des Arbeiter- und Soldatenrates in Königsberg, der die vollziehende Gewalt für die Stadt und Provinz Ostpreußen besitzt, habe ich mich entschlossen, bis auf weiteres mit den mir unterstellten Beamten die Geschäfte fortzuführen, um im Interesse der Bevölkerung von Stadt und Land den geordneten Gang der Geschäfte nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Besonders Gewicht ist auf die weitere Sicherung der Volksernährung zu legen. Alle landwirtschaftlichen Erzeuger werden daher dringend ersucht, sich nicht durch die bestehende schwere Missernte des größten Teiles der Landbevölkerung über die politische Entwicklung von der Erfüllung ihrer Pflicht abhalten zu lassen. Dazu erfahren wir, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung und der der Provinz mit Lebensmitteln für die nächste Zeit gesichert ist.

Der Kampf zwischen Kommunisten und Bürgerlichen in Wien.

Wien, 13. November. Als nach der Verkündigung des Beschlusses der Nationalversammlung auf Anschließung der deutschösterreichischen Republik an das Deutsche Reich, der Präsident Dingeldey die rotweissrote Fahne hissen lassen wollte, durchbrachen Arbeiter und Soldaten den Ordnungsdienst, vernichteten die Fahne und hielten die rote. Die Heilrufe auf Deutsch-Österreich wurden durch Rufe auf die Internationale gegen das Bürgerthum und für den Kommunismus ersetzt. Präsident Seitz beruhigte später die Menge. Am Nachmittag türmten rote Garbisten und Arbeiter das Parlament, in welchem sie sich herumschoben. Sie verjagten die Nationalversammlung, wurden aber schließlich aufgehalten, worauf wieder Ruhe eintrat. Die Zahl der Opfer ist unbekannt.

Wien, 13. November. Meldung des Wiener Korrespondenzbureaus. Die gestrige Panik vor dem Parlamentsgebäude forderte, wie nachträglich festgestellt wurde, leider auch zwei Todesopfer. Ein alter Mann und ein Knabe, die ins Hofpital gebracht wurden, waren bei der Ankunft tot; sie waren für nichtig getreten.

Ein Soldatenrat in Lüttich.

Lüttich, 13. November. Hier bildete sich ein Soldatenrat, der die Sicherung der Stadt sowie die Proviantierung und Rückführung der Fronttruppen übernahm. Nachts kamen Unruhen der Belgier vor. Vereinzelt Schießereien. Die Ruhe ist hergestellt. Die belgischen Sozialisten ermahnen ihrerseits zur Ruhe, der Soldatenrat ist Herr der Lage, die innerlich beurteilt wird.

Personalien.

Genosse Curt Baake ist zum Unterstaatssekretär und Chef der Reichskasse ernannt worden. Rautsky tritt in das auswärtige Amt, Eduard Bernstein in das Reichskanzleramt ein. In die preussische Landesregierung ist Dr. Carl Rosenfeld eingetreten. Genosse Wolfgang Heine soll anhaltischer Staatsminister werden.

Scheidemanns Anfmort an Lloyd George

Genosse Scheidemann hat in seiner Eigenschaft als Staatssekretär auf die Rede des englischen Ministerpräsidenten, die dieser im Anschluß an die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen hielt, folgendes geantwortet:

Lloyd George hat den Triumph über die unglückliche Lage des deutschen Volkes auf zwei Gesichtspunkten auf: er predigt die Vernichtung des deutschen Volkes, weil es an der Kriegspolitik seiner alten Regierung einseitig mit schuld sei, und er preist die Einigkeit des englischen Volkes und des Reiches, das ebenso einseitig noch immer hinter der Kriegspolitik seiner Regierung stehe. Von diesen Behauptungen ist die eine so unwahr wie die andere. Lloyd George weiß sehr wohl, daß weite Kreise des deutschen Volkes und sogar ein großer Teil seiner alten Regierung die von der früheren Obersten Heeresleitung festgelegten Grundzüge nicht gebilligt und dieser Mißbilligung auch vor der Welt wiederholt ungeschönt Ausdruck gegeben haben. Lloyd George weiß ebenso gut, daß die von ihm gepriesene Einigkeit des englischen Volkes in Wirklichkeit nicht besteht. Durch die englischen Völker und die englischen Heere und Flotten geht dieselbe scharfe Gegensatz zwischen einer im Dienste der kapitalistischen Erhaltungspolitik stehenden Leitung und den Massen, die es müde sind, sich von dieser Leitung den furchterlichen Kampf gegen Brudermörder weiter aufzwingen zu lassen, zumal dort die Erinnerung an einen Zustand noch frisch ist, wo die offenen Freiheiten des Bürgers noch nicht der Einführung eines kontinentalen Militarismus zum Opfer gefallen waren. Lloyd George ist so unvorsichtig, diese Massen seines Volkes durch sein Triumphgeschrei selbst auf den Grund seiner imperialistischen Politik bilden zu lassen. Er verkündet offen, die von Deutschland den Entenkämpfern brüderlich angebotene Versöhnung solange hinausgezögert zu haben, damit in Deutschland die letzten Stützen der Ordnung unter der furchtbaren Last zusammenbrechen sollten. Das deutsche Volk ist in diesen großen Tagen dabei, Lloyd George zu beweisen, daß seine selbst gegebene Ordnung dieser furchtbaren Last voll fähig ist. Und den englischen Völkern und den anderen Völkern der Entente wird es sein, die Stunde der Weltbefreiung zu einer unzweifelhaften Absage an den Imperialismus ihrer Regierungen zu benutzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Schicksal des Kaisers.

„Allgemein Handelsblatt“ wird von seinem Londoner Korrespondent telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlangte allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

Schweden.

Der Abrüstungsgedanke.

In der gegenwärtig stattfindenden außerordentlichen Tagung des schwedischen Reichstages kam es auch zu einer Militäredebatte, in deren Verlauf Braunting u. a. ausführte, jetzt sei die Zeit gekommen, zur Abrüstung zu schreiten. Eine neue Zeit sei herbeigekommen. Die Welt sei noch nie der Möglichkeit so nahe gewesen, ihr Ideal, eine internationale Weltordnung zu erreichen, wie jetzt. Er wäge deshalb die Hoffnung auszusprechen, daß die Regierung nunmehr zum Abbau des Systems der Rüstungen schreiten werde. Der liberale Vizepräsident der Kammer, Graf Hamilton warb, daß jetzt, da der Frieden vor der Tür stehe, die Rüstungen der Rüstungslasten erschlaffen lassen und die Rüstungen auf die allgemeinen Bedürfnisse beschränken.

Aus Eiben und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 14. November.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen

zur Lübecker Bürgerschaft kündigte der Senat in der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses an. Eine entsprechende Vorlage soll demnächst den geschäftsbefugten Körperschaften zugehen.

Für den Arbeiterrat beantragte der Senat die Summe von 15.000 Mark. Der Bürgerausschuß sprach sich gutachtlich für die Billigung dieses Antrages durch die Bürgerschaft aus und erklärte seine Zustimmung dazu, daß davon sofort 5000 Mark zur Auszahlung gelangen.

Spernung des Urlaubs für Heimatruppen.

Wie der Hamburger A. u. S. Rat mitteilt, hat das Kriegsministerium verfügt, daß wegen der Eisenbahnbetriebslage der Urlaub der Heimatruppen vom 11. November ab auf 20 Tage gesperrt ist.

Verbrauch von Gas und Elektrizität. Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt der Soldaten- und Arbeiterrat, Patrouillen auszusenden und durch sie feststellen zu lassen, ob den Verordnungen, betreffend Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs, allenfalls entsprochen wird. Zuwiderhandlungen werden sofort zur Anzeige gebracht.

Ausfallende Züge. Zur Freimachung von Lokomotiven für die Demobilisierung fallen von heute ab die Züge 678 und 677 zwischen Alstedt und Kiel und die Züge 109 und 110 zwischen Ahrensböf und Bhl. Gleschenborn aus.

Konzert. Unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen hat der Konzertsaal sich für geboten gehalten, daß für Sonntag, den 17. November, im Marmorpalast angekündigte Konzert vorläufig ausfallen zu lassen. Es wird im Dezember nachgeholt werden, und zwar mit derselben Solistin. Die Karten behalten ihre Gültigkeit. Weiteres wird seinerzeit an dieser Stelle mitgeteilt werden.

Maidling. Eine stark besuchte Parteiverammlung fand hier am Sonntag statt. Genosse Löwigt besprach unter lebhafter Zustimmung die deutsche Revolution und ermahnte die Arbeiter, alles zu tun, um deren Errungenschaften zu festigen.

Stodellsdorf. Die Wählerlisten für die Gemeinderats-Ergänzungswahl in der Gemeinde Stodellsdorf liegen vom 12. November d. Jz. an auf 14 Tage im Rathause zu Stodellsdorf öffentlich aus.

Gutin. Unwahre Gerüchte. Um den vielen unwahren Gerüchten entgegenzutreten, macht der Stadtmagistrat mit Genehmigung des Soldatenrats bekannt, daß bei wiederholten Durchsuchungen weder im Hause des Regierungspräsidenten Dr. Meier noch des Oberbürgermeisters Scheer unerlaubte Lebensmittel gefunden worden sind.

Hamburg. Ein Beamtenrat, ein Rat der getragenen Arbeiter und ein Kaufmannsrat wurde hier gebildet resp. vorbereitet. — Der Arbeiter- und Soldatenrat macht bekannt: Die Mitglieder des früheren Senates haben ihre Tätigkeit dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Zweck der Überleitung in die neuen Verhältnisse ist eine Kommission gebildet, die aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates und Mitgliedern des früheren Senates zusammengesetzt ist. Ihr gehören aus dem früheren Senat die Herren Dr. von Welle, Dr. Schaefer, von Berenberg-Göbler, Dr. Diestel und Dr. Peterken an. Die Verwaltungsbehörden und Verwaltungskommissionen bleiben bestehen. Das Publikum hat sich wie bisher an die zuständigen Behörden zu wenden. Die Gesetze bleiben in Kraft. Das Eigentum wird geschützt. Beiträge und gesetzliche Verpflichtungen sind zu erfüllen. Alle Steuern sind zu entrichten. Die Gerichte bleiben in Tätigkeit.

Hamburg. Mordversuch. Der 16 Jahre alte Schreiber Rehmig besuchte die 73 Jahre alte Witwe Gallnow eine gute Bekannte seiner Eltern. Im Gespräch wußte er festzustellen, daß von den 5 Einwohnern der Frau S. nur noch einer in der Wohnung weilt. Dann ging R. fort, kehrte aber, als der Einwohner des Hauses verlassen hatte, zurück und begab sich in die Küche, wo die Greisin am Tisch stand. R. packte die Frau von hinten und würgte sie am Hals, bis sie zusammenbrach. Der Schreiber trieb darauf auf keinem Opfer. Als R. sein Messer ergriß, rief die Frau, er solle sie am Leben lassen, sie würde ihm auch alles Geld, was sie besitze, geben. Nun ließ er von der Frau ab, setzte sie auf einen Stuhl und verlangte Auslieferung des Geldes. Frau S. erzählte, sie habe ihr Geld bei der Vizewirtin zur Aufbewahrung gegeben, und erbot sich den Betrag zu holen, und ging nach unten. Hier verständigte sie einen Wächter, der sofort in die Wohnung ging, den Schreiber verhaftete und dem Untersuchungsgefängnis übergab, wo er vom Standgericht abgeurteilt werden wird. — Der Kaufmännischer Ebert wieder verhaftet. Der während der Unruhen aus dem Gefängnis befreite Kaufmännischer Ebert ist in Handensbüttel von dem Polizeioffizier Rißert und dem Kriminalwachmeister Breuer wieder festgenommen worden. Bei seiner Verhaftung bereits gemeldeten Festnahme gelang es ihm, auf dem Rathausmarkt zu entkommen, er ist aber jetzt glücklich wieder gefaßt.

Hamburg. Die Forderungen der hamburgischen Lehrerschaft. Im Curiohause tagten zwei große Versammlungen, die von Tausenden Hamburger Lehrer und Lehrerinnen besucht waren. Der Zweck war, die Forderungen der hamburgischen Lehrerschaft für die künftige Schulorganisation festzulegen und einen Lehrerrat zu wählen, der die Umgestaltung dieser Forderungen in die Tat betreiben soll. S. L. Köster, der im großen Saale sprach, formulierte die Forderungen so: 1. Schaffung eines Reichslehrgesetzes; 2. Errichtung der Einheitschule; 3. Selbstverwaltung der Schule unter Mitbeteiligung der Eltern; und 4. Glaubens- und Gewissensfreiheit für Lehrer und Kind. — Diese vier Punkte hat ja die Hamburgische Volksschul-Lehrerschaft schon seit Jahrzehnten vertreten.

Kiel. Die Beamten wollen eine Vertretung im Arbeiterrat. Sie faßten in einer Versammlung einen entsprechenden Beschluß.

Kiel. In die Bevölkerung von Kiel und Umgegend wird dieser Aufruf gerichtet:

In Berlin ist eine arbeitsfähige neue Reichsregierung gegründet worden. Eine sozialistische Mehrheit wird mit einigen Administratoren besetzt sein, mit allem Nachdruck auf das Rasche wieder Ordnung und geregelten Verkehr in Gang zu bringen, wie mit heute morgen der Reichskanzler versichern ließ. Eine baldige ungeführte Wirtschaft auf allen Gebieten tritt wieder ein. Der Sieg der sozialistischen Arbeiter und Soldaten ist im ganzen Reich ein vollständiger. Jede Aufsehung gegen das neue Regime ist völlig ausgeschlossen. Die Vertreter bürgerlicher Anschauung mögen sich mit Würde und ohne Widerstreben in das Unabänderliche fügen und im Interesse des Reiches und des ganzen Volkes daran mitarbeiten helfen, alles das wieder aufzubauen, was in mehr als vierjähriger Kriegsdauer zerstört wurde. Arbeiter und Soldaten, Euer Sieg ist auf der ganzen Linie ein rascher und vollständiger. Erfreulicherweise ist es gelungen, eine neue Ordnung fast unmittelbar durchzuführen. Eure Regierung ist es, die jetzt das Reich leitet. Daher ist es eure Pflicht, nicht nur jede Störung dieser Tätigkeit zu unterlassen, sondern Euer eigenes Interesse wieder zu fördern, wenn Ihr die Männer Eures Vertrauens, die jetzt eure Geschäfte führen, auf das eifrigste durch Einbringung vollster Arbeit unterstützen. Jeder Streik der Arbeitererschaft hat aufzuheben. Neben dem Reichskanzler Ebert und dem Staatssekretär Scheidemann sitzen die bis-

her unabhängigen Sozialdemokraten Haase und Dittmann in der Regierung. Der unheilige Streit der Sozialdemokratie hat sehr Ende erreicht.

Bürger aller Kreise von Kiel! Harte, sorgenvolle Tage stehen uns noch bevor. Die Waffenstillstandsbedingungen schließen uns ab, das Eintreffen englischer Streitkräfte in unserer Stadt und unserer Häfen; nicht aus. Wie so vieles andere Furchtbare und Schwere, möge auch diese neue Prüfung zum Abschluß des Krieges geacht und würdig getragen werden. Eine Bedrohung der Stadt ist nicht zu befürchten. Weiteres Blutvergießen ist ausgeschlossen, wenn tollkühnige Ungehörigkeiten, die weder unserm Lande, noch unserer Stadt dienen können, unterbleiben. Ich wünsche auf das dringendste, daß von nun an jeder im Gefühl erster Pflichterfüllung seinen Geschäften nachgeht, absolute Ruhe und Ordnung in der Stadt bewahrt. Wenn das geschieht, wird es möglich sein, Stadt und Wirtschaft ungefährdet in den Frieden einzubringen, der uns die Möglichkeit schafft, unser Land und unser Volk einer schönen Zukunft entgegenzuführen. Der Gouverneur Koste. R. Artelt.

Sachsen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der Provinzialregierung erlassen folgende Kundgebung: Im Auftrag der provisorischen Regierung in Kiel sind wir als Abgeordnete beim Regierungsräthium in Sachsen eingetreten. Unser Auftrag ist, den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung entsprechend, dem Schiffe den neuen Kurs zu geben, der jetzt in Deutschland gesenkt wird. Demokratisierung, glatter Verlauf der Demobilisierung, Wohlfahrtspflege und Arbeitsbeschaffung, Gerechtigkeit für alle ohne Unterschied der Klassen oder Nation, das sind die Ziele, die wir unter Achtung bestehender und zukünftiger Staats- und Reichsgesetze und ohne Eingriffe in die Rechtspflege solange vertreten werden, als unsere Stellung nicht durch eine bessere Organisation unnötig wird.

Sachsen. Gegen die Beihilfe. Das Staatsministerium hat folgendes an das Schwarze Brett anschlagen lassen: In alle Herren Beamten und Angestellten der Regierung zur Kenntnisaufnahme! Hierdurch erlaube ich zugleich im Namen meiner Herren Amtsgegenossen, im inneren Dienstverkehr mit uns vom Gebrauch einer Unterschrift abzusagen und lediglich unseren Namen verwenden zu wollen. Auch unsererseits wird eine Anwendung von Titeln nicht erfolgen.

Sachsen. Der befehrlte Grobherzog. Im neuen Staatsministerium erklärte der Grobherzog seine Bereitwilligkeit, an der Ueberführung Mecklenburgs in den Volksstaat mitwirken, sowie auf seine Steuerfreiheit verzichten zu wollen. Zugleich betonte er, daß ihm jede dynastische Vertretung fern liege und er seinen Sohn die Thronfolge in Mecklenburg-Streitz verbiethen werde. — Man sieht daraus, wie erzieherisch revolutionäre Ereignisse auf Fürsten wirken können: denn früher hatte Friedrich Franz ganz andere Ansichten.

Bremen. Gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter zur Bürgerschaft. Der Senat hat eine Vorlage für das Wahlrecht zur Bürgerschaft ausgearbeitet, die sich auf den Besonderen des allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrechts bezieht und für die Frauen Wahlberechtigung und Wählbarkeit in demselben Umfange wie für die Männer vorseht, auch Bürgerrecht und Bürgerabgabegebühren fallen läßt. — Die Stellung der bremischen Offiziere zur Revolution. In einer Versammlung der bremischen Offiziere, die sich mit der neuen Lage beschäftigte, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Offiziere nehmen ihre Tätigkeit wieder auf und wollen dem Wiederaufbau und der Sicherung geordneter Verhältnisse ihre Arbeit widmen. 2. Die Offiziere verzichten freiwillig auf das Tragen ihrer Waffen. 3. Die Offiziere der Garnison Bremen haben sich verpflichtet, sich bis zum Inkrafttreten einer neuen Regierung keinerlei gegenrevolutionären Bestrebungen anzuschließen. Es wurde dem Offizieren vom Soldatenrat die Sicherheit und Unantastbarkeit ihrer Person gewährleistet. Wer ihnen zu nahe tritt, wird streng bestraft. Die Offiziere erhalten das aktive und passive Wahlrecht zu den sogenannten kleinen Soldatenräten, d. h. sie können zu diesen sowohl wählen, als auch gewählt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften. Eine neue Vorstandskonferenz der Gewerkschaften beruht die Generalkommission auf Donnerstag den 14. November ein. Sie soll vor allem über die Mitarbeit der Gewerkschaften an der Demobilisierung entscheiden.

Aus Nah und Fern.

Der Kampf gegen die Blinder. Gestern wurde in Berlin ein Ruffe, der in einem Laden zu plündern versuchte und die Verkäuferin angegriffen hat, auf Grund seines eigenen Geständnisses im Hofe des Polizeipräsidiums standrechtlich erschossen. — Der Arbeiter- und Soldatenrat in Stettin. Die Arbeiter und Soldatenrat in Stettin verurteilte gestern wieder Plünderer, und zwar den Hauptfänger zum Tode, die anderen zu Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren. Das Urteil bedarf noch der Bestätigung durch die Regierung.

Von der eigenen Schwester erschossen. Das Opfer einer Unvorsichtigkeit wurde in Berlin die 34 Jahre alte Frau Anna Pöpelmann aus der Waldenstraße 23. Die Frau, die Mutter von zwei Kindern war und deren Mann im Felde steht, besuchte ihre Schwester, die in der Weißbierstraße ein möbliertes Zimmer bewohnt. Die Schwester zeigte ihr einen Revolver, der scharf geladen war, und hantierte damit so unvorsichtig, daß der Schuß losging. Die Kugel tödete die Unglückliche auf der Stelle.

Neueste Nachrichten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 14. November. Die bürgerliche Blätter berichten, ist die Regierung im Laufe des gestrigen Tages an eine größere Anzahl Parlamentarier der bürgerlichen Parteien in der Frage der bevorstehenden Einberufung der Nationalversammlung herangetreten. Die Wahlen für die Nationalversammlung sollen auch für das zum bisherigen Reich gehörende Reichsland Elsaß-Lothringen ausgeschrieben werden.

Die rote Flagge in den französischen Schützengräben.

In Baderborn, 14. November. (Privattelegramm des Lübecker Volksboten.) Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Befragungen der heute nachmittag von der Front zurückgekehrten Krieger zeigen, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Flagge geschickt wurde und daß sich die deutschen Truppen mit den französischen verbündet haben.

Das Selbstbestimmungsrecht für die Reichslande.

Strasbourg, 14. November. Der S. u. A. Rat faßte einstimmig einen Beschluß, der eine Volksabstimmung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Reichslande fordert und sich auf die 14 Friedensbedingungen Wilsons stützt.

Revolution in Belgien.

Brüssel, 14. November. In ganz Belgien ist Revolution. Zu Brüssel beherrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchsten-

Richtung die Lage. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbehände.

Deutsche Truppen durch holländisches Gebiet.

In Aus dem Haag, 14. November. (Privattelegramm des Lübecker Volksboten.) 25 000 Mann deutscher Truppen, die aus Belgien kamen, erreichten die Grenze bei Aischte und wollten den Durchmarsch mit Waffengewalt erzwingen. Durch Vermittlung der deutschen Gesandtschaft wurde ein Eingreifen der holländischen Truppen vermieden und erreicht, daß der Durchmarsch nach Niederlegung der Waffen gestattet wurde.

Verzicht auf Kriegsschädigung.

Paris, 14. November. Der Alliiertenrat in Versailles hat auf den Ersah von Kriegskosten durch den Feind verzichtet. Die Schadensersatzforderungen sollen nach Willigkeit verringert werden. Ob die Konferenz Maßnahmen gegen den nach Holland geschickten Kaiser beschließen wird, steht noch dahin, ist aber keineswegs sicher.

Die Alliierten und die deutsche Staatsform.

Vasel, 14. November. Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Im arden Kriegsrat in Versailles ist das Desinteressenment der Alliierten an der neuen Staatsform in Deutschland erklärt worden, vorausgesetzt, daß keine bolschewistische Herrschaft aus Deutschland übergreift.

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland.

Vasel, 14. November. Die „Times“ meldet: Acht ehemalige deutsche Dampfer verlassen mit Lebensmitteln für Deutschland am 19. d. Mts. New York.

Ein Soldatenrat in Belfort.

Genf, 14. November. Hier eingetroffene Meldungen besagen, daß die Garnison der französischen Festung Belfort einen Soldatenrat gebildet hat. Eine Abordnung des Soldatenrates wurde zum Festungskommandanten entsandt, um diesem die Forderungen der Truppen zu übermitteln.

Unruhe in Elbisch-Bohringen.

Haag, 14. November. Das deutsche Oberkommando hat am frühen Nachmittag des 13. ds. Mts. einen Zersetzungsfolgenden Inhalt zu dem Alliierten-Oberkommando geschickt: Die fran-

zösische Bevölkerung Elbisch-Bohringens nimmt an gewöhnlichen Punkten eine feindliche Haltung den deutschen Truppen gegenüber ein. Um Kollisionen zu vermeiden, ersuchen wir die französische Regierung, die Elbisch-Bohringer radiotelegraphische Anlage zu ernähren.

Sie wollen sich nicht unterordnen.

Stockholm, 14. November. Gestern nachmittag wurden von der Karlskroner Seefestung fünf deutsche U-Boote gefischt, die die deutsche Postenflotte hielten. Der schwedische Befehlshaber gab Order, den U-Booten entgegenzufahren. Nachdem der Führer des U-Bootes 124 mitgeteilt hatte, daß sie in Schweden interniert zu werden wünschten, weil sie sich dem revolutionären Deutschland nicht unterzuordnen konnten, durften die U-Boote entlassen in Karlskrona einlaufen. Mannschaften und Offiziere wurden interniert.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Nach Ergänzung der Wahlen setzt sich der Soldatenrat Lübeck wie folgt zusammen. Um eine glatte Abwicklung der Geschäfte zu ermöglichen, ersuchen wir, bei Wünschen und Beschwerden die Adressen der betreffenden Abteilungen beizufügen.

Soldatenrat Lübeck.

Vorstand:

Vorsitzender: Zeitz. Stellvert. Vorsitzender: Rathfeldt. Delegierter (Abtlg. Berlin): Richter. 1. Beirat: Hegermann. 2. Beirat: Eberhardt. 3. Beirat: Weid.

Geschäftsverteilung:

Bureau-Vorsteher (Paroleausgabe): Kramer. Presse: Rathfeldt. Lebensmittelabteilung: Eberhardt. Verkehrswesen: a) Eisenbahn: Olrogge. b) Schifffahrt: Redmer. Urlaubswesen: Huber. Waffen und Munition (Bekleidung): Blanck. Politisches, Postwesen: Heilmann. Maß, Sicherheitsdienst: Arndt. Gerichtswesen: Meier. Wirtschaftswesen: Weid. Versorgungswesen (Entlassungen): Grünhald. Demobilisierung: Hegermann. Sausmeister: Bettke.

Der Soldatenrat Lübeck.

Kramer. W. Rathfeldt. 5636

Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats.

Zur Durchführung eines geregelten Dienstes werden nachfolgende Anordnungen getroffen:

1. Angehörige der Garnison.

Am 18. November 1918, vormittags 8 Uhr, haben sich sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften der Truppen- und Marine- und militärischen Dienststellen der Garnison bei ihren Dienststellen zur Diensterteilung zu melden.

Die zur Arbeitsleistung bei Firmen usw. beurlaubten bzw. kommandierten Militärpersonen haben mit demselben Tage ihre Tätigkeit dortselbst wieder aufzunehmen.

2. Urlauber aus dem Felde.

Die von Feldtruppenteilen beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften werden vom 8. ds. Mts. ab nach Ablauf des Urlaubs zu ihren Kriegstruppenteilen in Marsch gesetzt. Am letzten Urlaubstage haben diese sich zur Entgegennahme des Marschbefehls und des Fahrcheins bei der Urlaubs-Abteilung des Soldatenrates, Gürtelstr.-Allee, zu melden.

3. Urlauber von auswärtigen Garnisonen.

Urlauber von auswärtigen Garnisonen haben mit Ablauf ihres Urlaubs zu ihrem Truppenteil bzw. Lazarett zurückzukehren.

4. Heeresangehörige (frühere Fahnenfächler und entlassene Unterführungsgefangene).

Vorstehend genannte Militärpersonen und solche, die sich weder im Besitze eines Urlauberscheins noch Ausweises befinden, haben sich am 18. ds. Mts. zwischen 9 und 3 Uhr nachmittags bei dem Bezirkskommando zwecks Zuteilung zu einem Truppenteil zu melden.

5. Angehörige der Marine.

a) Die Befehle der im Hafen liegenden Fahrzeuge der Marine. b) Für alle übrigen Unteroffiziere und Mannschaften der Marine gelten die unter Ziffer 2, 3 und 4 gegebenen Bestimmungen. Vorstehende Bekanntmachung gilt als Befehl für alle Militärpersonen.

Der Soldatenrat.

Zeitz. Rathfeldt. 5642

Bekanntmachung des Arbeiterrates.

Freitag, 15. November, nachmittags 6 1/2 Uhr **Versammlung der Delegierten** im Henckebäude (früher Döngershaus), Gürtelstr.-Allee.

Wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

H. Bromme. 5641

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Kerzen.

Auf Abschnitt 6 der ausgegebenen roten Petroleumkarten kann in den hiesigen Drogerie-Läden

eine Kerze zum Preise von 23 Pfg.

bezogen und entnommen werden. Die Drogerie-Läden haben die entgegengesetzten roten Karten bis zum 25. November 1918 bei der Geschäftsstelle des Arbeiterrates, Schmiehestr. 25, einzureichen und dabei zu melden, welche Kerzen noch in ihrem Besitze sind.

Lübeck, den 13. November 1918. 5623

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Vom Montag, dem 18. November 1918 ab kann Petroleum abgegeben und entnommen werden und zwar auf Abschnitt 6 der roten Karte 1 Liter

blauen 1/2
braunen 1/2

Lübeck, den 13. November 1918. 5624

Das Polizeiamt.

Nachtrag

zu der Bekanntmachung vom 14. September 1918, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1918.

Im Einzelnehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt der Ausschuss für Kriegshilfe hierdurch:

I. Die Mindestgröße der nach Absatz III der Bekanntmachung am 14. September 1918 abzuliefernden Kartoffeln wird auf 1 Zoll 17 cm herabgesetzt.

II. Alle Kartoffeln, soweit sie nicht nach Absatz II der Bekanntmachung vom 14. September 1918 als Wirtschaftsbedarf erforderlich sind, müssen umgehend abgeliefert werden, entweder an die Städtische Kartoffelstelle oder an die Verbraucher gegen Einziehung der Kartoffelkarten.

III. Die Ablieferung ist so zu beschleunigen, daß sie bis zum 15. Dezember ds. Jrs. vollständig beendet ist. Die eingezogenen Kartoffelartenabschnitte sind bis zum 22. Dezember 1918 an die Städtische Kartoffelstelle einzuliefern.

IV. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 14. November 1918. 5646

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Reparaturen

bis Nr. 200 können Dienstags und Freitags von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr abgeholt werden.

Annahme von Reparaturen nur Montags und Donnerstags. Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge. Königstraße 19. 5621

Telegrammprüfstelle.

Zur Prüfung von Telegrammen für die Demobilisierung sind vom 14. ds. Mts. ab die Jg. 678 und 677 zwischen Lübeck und Kiel und die Jg. 109 und 110 zwischen Ahrensböck und Bf. Weizenböck aus. 5638 Lübeck, den 13. Novbr. 1918.

Die Direktion der Güter-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 10. November starb nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Kollege

Adolf Prahl.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, dem 15. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Mölsling aus statt. Die Mitglieder versammeln sich um 2 Uhr im Kaffeehaus Mölsling. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand. 5639

Einlegesohlen

in Preis- und Güte unübertroffen. C. Grimm Nachf., Lederhandlung. 5626

Maurer u. Banarbeit

steht sofort ein 15880 Aug. Fasel, Baugeschäft, Trabelmannstr. 11. vt.

Kinderfräulein

oder junges Mädchen mit guten Empfehlungen zu 3 Kindern gesucht. Meldung, nachm. von 4-7 Uhr. 5631 Frau Else Frank, Schwartauer Allee 4.

„Simberpfl. „Soloth“

beste ertrag. Sorte, Rhabarber- und schwarze Johannisbeerpflanzen hat zu verkaufen. 5637 H. Lange, Morie.

Johs. Tollgreve, Goldschmied

Königsstraße 92. Moderne Schmucksachen Trauringe in verschiedenen Preislagen. Gravierung gratis. 5627

Bilderleisten

einrahmungen Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808. 5625

Photo-Atelier

Lubeca Breite Straße 13. 5626

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10. Mitgl. des Rab.-Sporn. Lubeca. 5623

Einlegesohlen

in Preis- und Güte unübertroffen. C. Grimm Nachf., Lederhandlung. 5626

Verband der Staatsarbeiter.

Große öffentl. Versammlung

aller in Stadt und Staat beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Sonnabend, 16. November, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung: 1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 2. Regelung der Löhne. Große Fragen haben die Staatsarbeiter zu lösen. Hierzu muß jeder mitsprechen. In dieser hochwichtigen Versammlung darf keiner fehlen. S. M.: H. Volt. 5643

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Sitz Berlin. — Ortsgruppe Lübeck.

Ausserordentliche Mitglieder - Versammlung

Freitag, den 15. November, abends 8 Uhr im Bundeslokal: Ehlers, Huxstraße 116.

Wichtige Tagesordnung.

Alle Kriegsteilnehmer sind kameradschaftlich eingeladen. Der Vorstand. 5632

Sozialdemokrat. Verein

Lübeck.

Als weiteres Opfer des Krieges starb unser Genosse

Friedrich Stoltenberg.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung erfolgt Freitag vormittags 10 1/2 Uhr auf dem Ehrenfriedhofe. Die Mitglieder sammeln sich bis 10 20 Uhr im Lokal „Luisenlust“. 5644 Der Vorstand.

Gesucht ein Klempner und Installateur.

Wilhelm Schubert, Bierdemarkt 17. 5640

Bertha

im 17. Lebensjahre, tief betrauert von ihren Eltern, Bruder, sowie von allen, die ihr nahe standen.

Christof Köhler u. Frau

geb. Boeck. Richard Köhler, Friedenstr. 9a. Die Trauerfeier beginnt am Dienstag 2 1/2 Uhr in der Kapelle Vorwerk Friedhof. 5635

Zu verkaufen eine Bettstelle

mit Sprungfedermatratze. Drögestr. 17, II. 5622

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.

Freitag abend 7 Uhr Die Csardasfürstin

Sonnabend: Hanni geht tanzen.

Sonntag: Die tolle Komtesse. 5645

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. 5639

Donnerstag, den 14. November König Grieschaar.

Eine Ballade in 3 Akten von Otto Anthes. Anfang 7 Uhr.

5. Vorstellung für die Schauspielergemeinde. Gelbe Karten.

Freitag, den 15. November Waffenschmied

Sonnabend, den 16. November Rose von Stambul.

Sonntag, den 17. November Vormittagsvorstellung Frank Wedekind.

Anfang 11 Uhr. Nachmittags 3 Uhr.

Im weißen Rössl. Abends 7 Uhr

Martha. 5640